

Einfach nur Spahnsinn

Allianz fachärztlicher Berufsverbände setzte Protest gegen Terminservice- und Versorgungsgesetz mit weiterer Infoveranstaltung fort

Der ärztliche Protest gegen das Terminservice- und Versorgungsgesetz hält an. Nach einer Auftaktveranstaltung Mitte November vergangenen Jahres hatte eine Allianz fachärztlicher Berufsverbände für den 23. Januar zu einer weiteren Info- und Protestveranstaltung im Sparkassen Forum in Hannover geladen. Wieder waren rund 200 Ärzte und Psychotherapeuten dem Aufruf gefolgt, um gegen die Pläne von Gesundheitsminister Jens Spahn mobil zu machen.

Die Stimmung war deutlich aufgeheizter unter den Teilnehmern, und auch die Veranstalter hatten aufgerüstet. Auf der Bühne prangte ein Riesenplakat mit dem Leitmotiv: „TSVG – Tückisch, Schlampig, Voller Gemeinheiten!“ Gelbwesten und T-Shirts mit Slogans waren zu sehen.

Dabei gaben sich die Verantwortlichen keinen Illusionen hin: „Dass sich noch etwas an dem TSVG ändern wird, ist nicht zu erwarten. Darum gehe ich davon aus, dass noch weitere Veranstaltungen folgen werden und wir vielleicht auch wie 2006 auf die Straße gehen müssen, um die Bevölkerung zu informieren“, machte der Gynäkologe Dr. Christian Albring zu Beginn der Veranstaltung klar.



Dr. Eckhart Lummert, stellv. Vorsitzender der KVN-Vertreterversammlung, fasste die Problempunkte des geplanten Gesetzes noch einmal zusammen.

Die Inhalte des TSVG mit seinen Kanten und Widerhaken für die Ärzteschaft fasste Dr. Eckhart Lummert, stellv. Vorsitzender der KVN-Vertreterversammlung, zwar in einem Kurzreferat noch einmal zusammen. Doch deutlich wurde: Es geht nicht nur um vertrackte Details und deren mögliche Auswirkungen. Hier steht das Selbstverständnis eines ganzen Berufsstandes auf dem Prüfstand. Dr. Ulf Burmeister, Obmann der HNO-Ärzte, brachte die Stimmung in einer emotionalen Ansprache auf den Punkt: Die Termine der Praxen seien deren Ressourcen. „Wenn der Staat meint, er könne über meine Ressourcen verfügen, dann ist das Enteignung.“ Leidenschaftlich appellierte er an den Widerstandswillen der



Die Veranstaltung stieß auch bei den Medien auf Interesse.



Fotos: U. Köster

Dr. Ulf Burmeister appellierte vehement an den Widerstandswillen seiner Kolleginnen und Kollegen.

Ärztenschaft: „Wann ich was mache, das ist meine Entscheidung ... Hier kann einem nichts mehr einfallen, als das abzulehnen.“

Also „Dienst nach Vorschrift“, wie Burmeister seinen Kollegen nahelegte? Oder Gründung einer Gewerkschaft? Das Patentrezept, um ärztlichen Widerstand zu mobilisieren, bot die Veranstaltung nicht. Dr. Axel Brunngraber, Mitglied der „Freien Ärzteschaft“ und in der KVN-Vertreterversammlung, formulierte das langfristige Ziel zurückhaltender: „Es geht darum, die Kolleginnen und Kollegen ohne Spaltung auf ein gemeinsames Ziel auszurichten.“ Dazu sollten diejenigen,

die dem Versammlungsaufwurf gefolgt waren, als Multiplikatoren in die Fläche wirken, die Kollegen weiter aufklären, was dieses Gesetz für sie und ihre freie Berufsausübung eigentlich bedeutet.

Eine Resolution, die von den Initiatoren vorbereitet war, wurde am Ende der Veranstaltung ohne Gegenstimmen angenommen (nachzulesen auf www.niedergelassene-protestieren.de). Doch die zentrale Forderung an die Politik fasste Dr. Henning Geldmacher von den Pneumologen kurz und bündig zusammen: „Wir wünschen uns die Hoheit über unsere Praxen zurück. Lasst uns einfach arbeiten!“

■ Dr. Uwe Köster

Kritik am geplanten Terminservice- und Versorgungsgesetz

Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen fordert grundlegende Änderungen am Spahn-Gesetz

Das Ringen um das Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) geht in die entscheidende Phase. Für den 16. Januar hatte der Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages alle namhaften Körperschaften, Verbände und Interessenvertretungen zur Anhörung geladen. Die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen (KVN) forderte eine grundlegende Überarbeitung des Gesetzentwurfs.

„Die Ausweitung der Sprechstundenzeiten von 20 auf 25 Stunden pro Woche ist ein Eingriff in die Praxisstruktur aller niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten“, kritisierte Mark Barjenbruch, KVN-Vorstandsvorsitzender, in Hannover. Der geplante staatliche Eingriff in die Praxisorganisation führe nicht zu mehr Arztterminen. „Solche Maßnahmen zerstören die Vertragsfreiheit zwischen Kassenärztlichen Vereinigungen und den Krankenkassen. Sie zeugen von großem Misstrauen der Politik gegenüber den Ärzten und Psychotherapeuten. Diese Vorgabe bedeutet darüber hinaus eine Diffamierung der Leistungsbereitschaft aller niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten, deren Arbeitszeit im Durchschnitt deutlich über 50 Wochenstunden liegt“, so der KVN-Vorsitzende.

Kritisch äußerte sich Barjenbruch zu den Plänen offener Sprechstunden, die laut Gesetzentwurf verpflichtend für Praxen eingeführt werden sollen. „Schon heute bieten viele Arztpraxen offene Sprechstunden an. Dies tun sie freiwillig. Eine Verpflichtung durch die Politik widerspricht allem, was Ärzte und Psychotherapeuten mit einem freien Beruf und freier Praxisführung verbinden. Zwangsweise freizuhaltende Zeitfenster, in denen durch ungeordneten Zu-

lauf von Patienten die Strukturen der Praxen nicht effizient genutzt werden können, verlängern die Wartezeiten für alle“, kritisierte der KVN-Chef.

Patienten mit dringenden gesundheitlichen Problemen würden schon heute zeitnah in den Praxen behandelt. „Es gibt eine gute kooperative Zusammenarbeit auf kollegialer Ebene zwischen Haus- und Fachärzten. Diese beruht auf Vertrauen und Kollegialität, die nicht durch staatliche Regulierung und vermeintliche Vergütungsanreize ersetzt werden können“, so Barjenbruch.

Eine 24-stündige Erreichbarkeit der Terminservicestelle lehnt die KVN kategorisch ab. Der Ausbau der Terminservicestelle sei unvereinbar mit dem Gebot der Wirtschaftlichkeit, auf das Ärzte und Psychotherapeuten verpflichtet sind. „Jeder Euro, der für den Ausbau der Terminservicestelle ausgegeben wird, fehlt für die Versorgung der Patientinnen und Patienten in Niedersachsen. Die gute ärztliche und psychotherapeutische Behandlung beruht auf einem vertrauensvollen Arzt-Patienten-Verhältnis. Dazu gehört auch die freie Arztwahl. Zuweisungen der Terminservicestelle höhlen die Autonomie der Praxen und ihr Terminmanagement weiter aus“, sagte der KVN-Vorsitzende.

Barjenbruch Forderung: „Ein positives Anreizsystem, verbunden mit Freiwilligkeit, wäre für das Gesundheitswesen, das heute schon unter zu vielen dirigistischen Eingriffen leidet, sicherlich förderlicher als jede staatliche Intervention. In der jetzigen Form darf das TSVG den Bundestag nicht passieren.“

■ KVN